



Die Zukunft der SPD als Volkspartei

Kommission Grundwerte

beim Parteivorstand der SPD

Impressum:

SPD-Parteivorstand, Referat II/1 Grundsatzfragen, Dr. Hans Misselwitz,
Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin, E-Mail: Grundwertekommission@spd.de

Stand:

Berlin, Dezember 2010

Art.-Nr.:

3000284

Druck:

Media-Print Informationstechnologie GmbH, Eggertstraße 28, 33100 Paderborn

Inhalt

Die SPD bleibt Volkspartei	S. 2
----------------------------	------

Positionspapier der Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD

Die Zukunft der SPD als Volkspartei	S. 4
-------------------------------------	------

Eine Bestandsaufnahme der Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD

1. Rolle und Aufgaben der Volkspartei	S. 4
2. Die Schwächung der Volksparteien	S. 5
Die Erosionsfaktoren	S. 5
■ Gesellschaftliche Rahmenbedingungen	S. 5
■ Verschleppter Wandel der Parteien	S. 8
Die Beharrungsfaktoren	S. 9
3. Schwäche der Volksparteien: Problem für die Demokratie	S. 10
4. Keine Gestaltungschance ohne glaubhafte Machtperspektive	S. 11
5. Gesellschaftliche Bündnisse	S. 12
Die gesellschaftliche Verankerung der SPD	S. 12
Politische Klammerfunktion	S. 14
Ankerpunkte in der neuen politischen Generation	S. 15
6. Volkspartei SPD: Identität und Strategie	S. 17
Sozialdemokratische Identität	S. 17
Strategie für die Mehrheit	S. 18

Danksagung

Julian Nida-Rümelin, Vorsitzender der Kommission Grundwerte

Positionspapier der Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD

1. Das Erbe von Godesberg bewahren

Die SPD bleibt, was sie seit dem Godesberger Programm von 1959 immer war und sein wollte, eine linke Volkspartei. Unbeirrbar verankert in ihren Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität orientiert sich ihre Politik an einem auf dieser Grundlage in öffentlichen Debatten zu erringendes Gemeinwohlverständnis, das in besonderer Weise die Interessen der produktiven und innovativen Mittelschichten, der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und der gesellschaftlich Benachteiligten einbezieht. Die SPD ist keine Klientelpartei, die die Interessen einer gesellschaftlichen Gruppe gegen die Übrigen durchsetzen will. Die SPD begründet ihren Anspruch aufs Neue, auch in der veränderten Parteienkonstellation der Bundesrepublik führende Regierungspartei sein zu können.

2. Stärkung durch Reform

Überall in Europa beobachten wir seit geraumer Zeit eine Schwächung der großen Volksparteien und eine Stärkung kleinerer, vorwiegend auf ein Thema gerichteter Parteien. Die Gründe dafür sind vielfältig, sie liegen zu einem Teil im gesellschaftlichen Wandel selbst begründet, zu einem Teil in einer immer komplexer und unübersichtlicher werdenden Politik, aber auch in programmatischen und organisatorischen Versäumnissen der Volksparteien selbst. Ein Stück weit haben es die geschrumpften Volksparteien also selbst in der Hand, Größe und Einfluss zurückzugewinnen. Dafür braucht die SPD heute vor allem eine schärfere programmatische Profilierung, eine größere Bereitschaft zum Kampf für politische Alternativen und eine Parteireform, die vor allem Dingen der jüngeren Generation mehr Teilnahme ermöglicht.

3. Volksparteien stärken die Demokratie

Die Schwächung der Volksparteien ist auch ein Problem für die Demokratie, denn anstelle der großen Fähigkeit zum politischen und gesellschaftlichen Kompromiss innerhalb der eigenen Organisation, tritt bei einer Aufsplitterung im Parteiensystem die Notwendigkeit äußerer, zwischen konkurrierenden Parteien zu schließender politischer Kompromisse. Damit schwindet einerseits in der Gesellschaft selbst die Fähigkeit zur politischen Verständigung und andererseits, falls Koalitionen aus drei Parteien notwendig werden, die klare Profilierung und Zurechenbarkeit der politischen Verantwortung. Das Wiedererstarken der Volksparteien ist also im Interesse der Demokratie und der ganzen Gesellschaft.

4. Glaubwürdige gesellschaftliche Bündnisse

Die SPD bedarf, gerade um ihren Anspruch als Volkspartei zu behaupten und zu erneuern, immer auch einer glaubwürdigen, auf ihre Grundwerte gestützten Machtoption. Sie muss ihren Regierungsanspruch plausibel begründen können. Dafür bedarf sie breiter gesellschaftlicher Koalitionen. Auch unter den veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen der Gegenwart geht es für die Sozialdemokratie hierbei vor allem um glaubwürdige programmatische Bündnisse zwischen dem engagierten solidarischen Bürgertum auf der einen Seite, den Milieus der Arbeitnehmer und den Benachteiligten der Gesellschaft. Das Zu-

kunfts-konzept einer fairen Gesellschaft und eines neuen Fortschritts eignen sich als inhaltlich programmatische Klammer zwischen diesen gesellschaftlichen Milieus und Klassen.

5. Wertgestützte Machtoptionen

Realistische Machtoptionen sind für die Glaubwürdigkeit des Anspruchs der Sozialdemokratie als Volkspartei eine wesentliche Voraussetzung, jedoch nur, wenn sie in überzeugender Weise in den Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität der Partei begründet und durch realistische politische Handlungsprogramme unterlegt sind. Die Führungsrolle der Sozialdemokratie im mitte-linken Spektrum beruht auf einem Kernbündnis mit der Partei Die Grünen, ohne dieser die Wähler der sozialen Mitte zu überlassen. Sie schließt Offenheit für Kooperationen mit der Linken in dem Maße ein, wie diese sich als fähig erweist, eine realistische Politik, eine belastbare demokratische Orientierung und Verlässlichkeit als politischer Partner zu entwickeln.

Berlin, Dezember 2010

Eine Bestandsaufnahme der Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD

1. Rolle und Aufgaben der Volkspartei

Volksparteien, die demokratisch organisiert und in der Zivilgesellschaft verankert sind, sind ein Lebenselement der Demokratie. Unter allen politischen Organisationen nehmen sie aus zwei Gründen die zentrale Stellung im politischen System und in den politischen Prozessen ein:

1. Nur sie können die Aufgabe übernehmen, aus den unterschiedlichen gesellschaftlichen Interessen und Werten, zivilgesellschaftlichen Initiativen und Verbänden Programmkompromisse für die ganze Gesellschaft zu erarbeiten. In den Projekten der Volksparteien kann einerseits in politischen Debatten eine tragfähige Vorstellung vom Gemeinwohl erarbeitet werden, denn sie wollen viele Wähler ansprechen. In ihnen können sich viele der unterschiedlichen gesellschaftlichen Werte und Interessen wiedererkennen. Darin besteht die für die Demokratie lebenswichtige Aufgabe der Integration. An diesem Anspruch müssen sie sich immer aufs Neue messen lassen.

2. In gewissem Maße sind die parlamentsfähigen Parteien insgesamt, aber in erster Linie sind die Volksparteien zentrale Akteure im Prozess der Vermittlung zwischen gesellschaftlichen Interessen und staatlichem Handeln. Denn nur Parteien sind gleichzeitig im politischen Leben der Zivilgesellschaft verankert und in den staatlichen Institutionen, Parlamenten und Regierungen repräsentiert, in denen politische Handlungsprogramme verbindlich in Kraft gesetzt werden können. Es sind nur die größeren Parteien, die - als Oppositions- oder Regierungsparteien jeweils mit unterschiedlichem Gewicht und in unterschiedlicher Rolle - die politische Verwirklichung dessen bewirken können, was in der Gesellschaft politisch gefordert und erstrebt wird.

Diese Funktionen der politischen Integration und Kontrolle erfüllen Parteien naturgemäß umso besser, je demokratischer ihre innere Organisation ist. Innerparteiliche Demokratie und einheitliches Handeln der Parteien stehen keineswegs im Widerspruch. Wenn die Entscheidungsprozesse innerhalb der Partei überzeugend demokratisch organisiert sind, sind die Mitglieder besser motiviert, die gemeinsam getroffenen Entscheidungen nach außen überzeugt zu vertreten. Daraus resultiert dann auch ihre außerparlamentarische Handlungsfähigkeit. Führung und Demokratie widersprechen sich nicht, denn gute Führung integriert auf zustimmungsfähige Weise unterschiedliche Positionen und entzieht sich nicht der Kontrolle durch die Mitglieder und Grundeinheiten einer Partei. Reine Gefolgschaftsparteien, die sich um einen autoritären Führer gruppieren, der von kleinen Einflussgruppen gestützt und abgesichert wird und nur eine Willensbildung von oben nach unten zulassen, können kaum vielfältige und tiefe Wurzeln im gesellschaftlichen Leben schlagen. Sie können in diesem Sinne auch nicht Volkspartei sein.

Volksparteien dienen der demokratischen Integration, der Vermittlung von Politik und Gesellschaft am besten, wenn sie offen sind. Das heißt offen für Menschen unterschiedlicher weltanschaulicher Prägung und sozialer Herkunft, sofern sie die Grundsätze und politischen Ziele der Partei zu unterstützen bereit sind. Sie sind dann offen gegenüber der Gesellschaft und offen im Inneren. In dem Maße wie große Parteien weltanschaulich, regional oder sozial geschlossen sind, kann es für die ausgeschlossenen Interessen

als einziger Ausweg erscheinen, ihrerseits kleine Gegenparteien zu gründen, die nur auf einen einzigen, politischen Zweck gerichtet sind. Das Parteiensystem tendiert dann dazu, sich zu polarisieren und zu zersplittern. Eine stabile Demokratie braucht daher offene Volksparteien.

Differenzen, Konflikte, Meinungs- und Interessensunterschiede über Personen und Sachen können die Wirksamkeit von Parteien durch eine Stärkung ihrer gesellschaftlichen und politischen Integrationskraft sogar erhöhen. Das gilt, solange ihre inneren Strukturen eine faire Integration und die Berücksichtigung der unterschiedlichen Positionen möglich machen. Nur wo Parteien auf Integration und fairen innerparteilichen Interessenausgleich eingerichtet sind, kann der offene Austrag von Differenzen ihre innere Integrationskraft und ihre äußere Attraktionskraft erhöhen. Parteien müssen die Interessen ihrer Mitglieder mit einem weiteren Spektrum gesellschaftlicher Interessen und Sichtweisen vermitteln. Dies muss auf der Basis ihrer jeweils besonders ausgeprägten Grundwerte geschehen. Volksparteien, besonders die SPD sollten nicht der Versuchung erliegen, auf alle gesellschaftlichen Interessen in gleichem Maße Rücksicht zu nehmen. Ihr Ausgangspunkt, die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, der Unterschichten und der solidarischen Teile der Mittelschichten, vor allem im modernen Sektor (technische, soziale, kreative kulturelle und informationelle Berufe) darf bei den Debatten und Verhandlungen um ein mehrheitsorientiertes Gemeinwohlverständnis nie aus dem Blick geraten. Das trägt dann auch zu einer klaren Profilierung bei, die Vertrauen schafft.

Eine Volkspartei sollte folgende Merkmale aufweisen:

- die, wenn auch asymmetrische, Repräsentanz von Personen aus allen gesellschaftlichen Schichten in ihrer Mitgliedschaft,
- den aussichtsreichen Appell an Wählerinnen und Wähler aus allen gesellschaftlichen Schichten,
- eine programmatische Identität mit grundwertebasierter Gemeinwohlvorstellung,
- und vor allem den Anspruch, eine eigene politische Wählermehrheit gewinnen oder doch zumindest führende Regierungspartei in einer Zweierkoalition werden zu können.

All das darf aber nicht in Widerspruch zum besonderen Werte- und Interessenschwerpunkt der SPD geraten. Dieser liegt im Ziel der gleichen Freiheit aller, besonders auch im Hinblick auf die sozialen und materiellen Bedingungen der Freiheit. Darin besteht das Gravitationszentrum aller Integrations- und Gemeinwohlbemühungen der SPD als Volkspartei. Dies war immer das Selbstverständnis der SPD als Volkspartei. Bislang bedeutete dies für sie auch stets die Fähigkeit, auf Bundesebene Wahlergebnisse oberhalb der 40 % gewinnen zu können. Es ist damit zu rechnen, dass zumindest diese Erwartung, die für die strategischen und koalitionspolitischen Optionen der Partei ausschlaggebend war, auf absehbare Zeit nicht eingelöst werden kann.

2. Die Schwächung der Volksparteien

Die Erosionsfaktoren

- Gesellschaftliche Rahmenbedingungen

Im Bereich der Rahmenbedingungen des politischen Wettbewerbs haben sich auch die sozioökonomischen Voraussetzungen der Sozialstaatspolitik verändert. Die Internationalisierung von Kapital und Wirt-

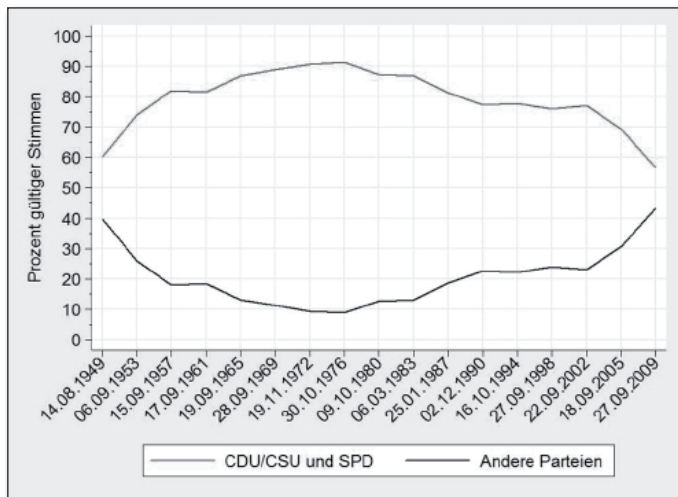
schaft setzt nationale Regelungen in Sozial- und Beschäftigungspolitik nachhaltig unter Druck. Insbesondere die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes zur Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und die Erosion sozialversicherter Beschäftigungsverhältnisse werden als einseitiges Aufkündigen des Sozialstaatskonsenses zwischen Volksparteien und Wählern durch die Politik erfahren. Die Verteilungsspielräume einer expansiven Sozialstaats- und Staatsinterventionspolitik, die von den fünfziger Jahren bis Ende der siebziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts die Grundlage einer politischen Integration aller Gesellschaftsschichten durch Teilhabe am wachsenden gesellschaftlichen Reichtum war, sind entfallen und flexiblen, oft prekären Berufswegen gewichen. Die Kürzung sozialstaatlicher Leistungen verstärkt den Eindruck einer einseitigen Abwendung der Volksparteien vom Sozialstaatskonsens.

Die Organisationsstrukturen der Volksparteien zielen im Wesentlichen auf die Integration einer Industriegesellschaft. Die Arbeits- und Lebensformen der modernen Dienstleistungsgesellschaft mit ihren individualisierten und flexibilisierten Lebensläufen und die Organisationsformen der Volksparteien passen trotz vielfältiger Reformansätze nicht mehr gut zueinander.

Die mit fortschreitender Globalisierung und europäischer Integration vermehrte Zuwanderung bewirkt nicht nur die zunehmende Vielgestaltigkeit der Wählerschaft und der gesellschaftlichen Interessen, sondern auch ein Erstarren von Parteien, die ethno-nationale Identitäten in den Mittelpunkt stellen. Der Erfolg rechtspopulistischer Parteien ist auch eine Folge der Nachlässigkeit, mit der die Volksparteien die Themen Zuwanderung und Integration behandelt haben. In Deutschland schuf die Wiedervereinigung einen mentalen und sozialen „Gleichstellungskonflikt“, dessen ausbleibende Lösung die Glaubwürdigkeit der Gestaltungsversprechen der Volksparteien in Ostdeutschland aushöhlt.

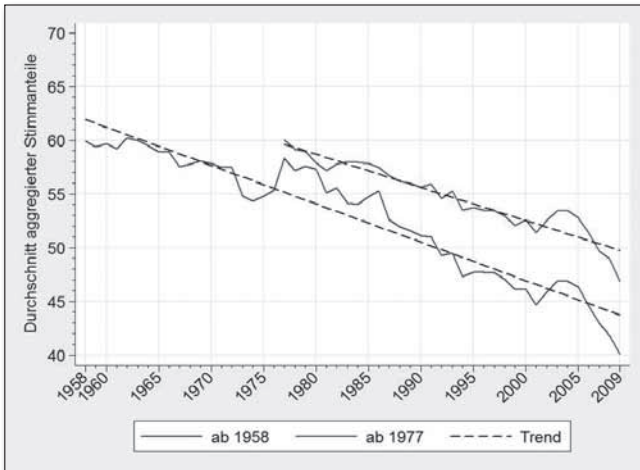
Die mit dem Ende der 1960er Jahre einsetzende Auflösung traditioneller sozialmoralischer Milieus durch fortschreitende Säkularisierung, der Wandel der Berufsstruktur im Zuge der Erweiterung von Bildungschancen und die Entstehung der Dienstleistungsgesellschaft sowie die Herausbildung neuer Konfliktlinien schmolzen die traditionellen Kernwählerschaften der Volksparteien ab. Was ehemals die fast automatische Unterstützung der Volksparteien durch ihnen zugeordnete sozialmoralische Milieus leistete, muss heute durch die Kommunikation mobilisierungsfähiger Themen erreicht werden. Im selben Moment nehmen jedoch die Mobilisierungsdefizite der Volksparteien zu.

Abbildung 1: Gemeinsamer Stimmenanteil der deutschen Volksparteien



Quelle:
Datenbank „Wahlen, Parteien, Regierungen“ der Abteilung „Demokratie“ am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Stand: 05.02.2010.

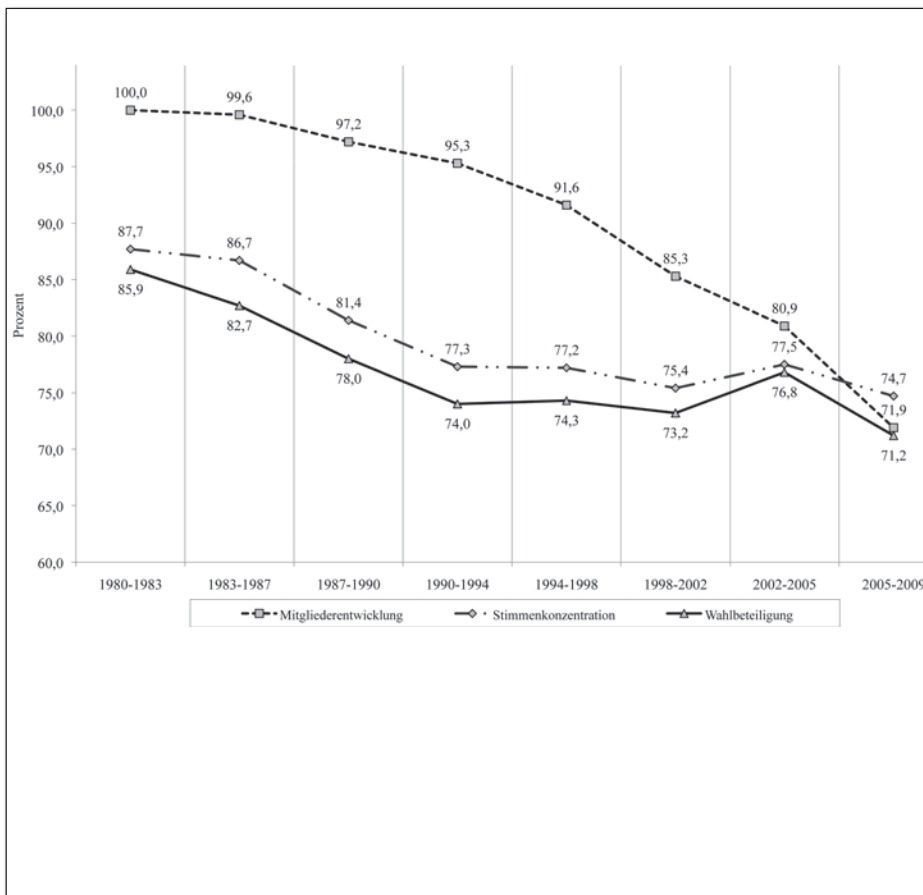
Abbildung 2: Entwicklung des Stimmenanteils der westeuropäischen Volksparteien



Dargestellt wird der Durchschnitt des aggregierten Stimmenanteils der Volksparteien in jedem Land Westeuropas. Die Zeitreihe ab 1958 berücksichtigt die südeuropäischen Transformationsstaaten Griechenland, Spanien und Portugal nicht. Im Graph ab 1977 sind sie enthalten.

Quelle: Datenbank „Wahlen, Parteien, Regierungen“ der Abteilung „Demokratie“ am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Stand: 05.02.2010.

Abbildung 3: Niedergang Mitglieder/Wahlbeteiligung/Stimmenkonzentration



Berechnung:

Bei der Berechnung der Datenpunkte zur Stimmenkonzentration (Summe CDU/CSU- und SPD- Stimmenanteilen) und zur Wahlbeteiligung handelt es um Durchschnittswerte von Bundestagswahlperioden und den dazwischen liegenden Landtagswahlen. Die Berechnung der Mitgliederentwicklung umfasst den Mitgliederstand am Ende eines Jahres, gemittelt über eine Bundestagswahlperiode.

Quelle: Elmar Wiesendahl, Volksparteien in der Krise, in: Joachim Wieland (Hrsg.), Entscheidungen des Parlaments in eigener Sache: Festschrift Herbert von Arnim, Berlin i.E.

Die zögerliche Aufnahme der Themen Umweltschutz und Nachhaltigkeit, Energie und Transport durch die europäischen Volksparteien öffneten eine Repräsentationslücke, die dauerhaft von den verschiedenen, anfänglich hoch ideologisierten grünen Parteien Europas besetzt werden konnte. Im europäischen Vergleich gelingt den sozialdemokratischen Parteien die Besetzung vor allem des Themas Umwelt sehr viel weniger deutlich.

Im Wechselspiel des Wandels der Rahmenbedingungen des politischen Wettbewerbs mit dem Wertewandel und der Erosion traditioneller Milieus findet eine Neuorientierung der Wähler statt. Nachlassende Parteibindungen erleichtern den neuen Mittelschichten den dynamischen Wechsel der Parteipräferenz. Die wachsende, parteiungebunde politische Mitte verschlechtert im Zusammenhang mit den schrumpfenden Kernwählerschaften die Mobilisierungsfähigkeit der Volksparteien. Zugleich zeigt das Erstarken kleiner Parteien die wachsende Vielfalt gesellschaftlicher Interessenlagen an, deren Integration und Repräsentation den Volksparteien nicht mehr gelingt. Bis in die frühen sechziger Jahre befanden sich insbesondere die Deutschen in einem entpolitisierten und entideologisierten „posttotalitären Erschöpfungszustand“, der die erfolgreiche politische Integration durch die Volksparteien erleichterte. Seither begünstigen Individualisierung und Wertewandel die Entstehung zivilgesellschaftlicher Vereinigungen, die zusätzlich und in Teilen anstelle der Parteien eine unmittelbarere und effektivere Repräsentation politischer Interessen erlauben.

■ Verschleppter Wandel der Parteien

Der alle europäischen Parteien betreffende umfassende Mitgliederschwund ist auch eine Folge veralteter Mitgliedschaftsmodelle. Die langwierige Parteiarbeit ohne kurzweilige Erfolgs- und Erlebnismomente erscheint in einer medialisierten Gesellschaft vielen Menschen, zumal jüngeren nicht mehr zeitgemäß. Gleichzeitig bedingen die Fortschritte der Massenmedien eine Personalisierung und Zentralisierung der politischen Entscheidungsfindung in den Volksparteien. Die Partizipation in politischen Parteien erscheint vielen mithin nicht nur ereignislos, sondern mit dem Bedeutungsverlust der Parteibasis als Mitgestalterin von Entscheidungen auch noch sinnlos.

Jede Partei transportiert ihr politisches Angebot durch einen Markenkern, d.h. eine politische Kernkompetenz, mit der sie verbunden wird, aus der sie ihre Identität schöpft und deretwegen sie primär gewählt wird. Volksparteien brauchen die Kompetenzführerschaft in ihrem Markenkern. Ergänzt um Sekundärkompetenzen, die die Ansprache einer vielgestaltigen Wählerschaft erlauben, entsteht ein Spielraum der Akzeptanz, den eine Partei nur unter Gefahr erheblicher Einbußen verlassen kann. Der Markenkern „Soziale Gerechtigkeit“, mit dem die SPD sich im Sozialstaatskonflikt eindeutig positioniert hatte, ist durch den „Dritten Weg“ und die „Agenda 2010“ angegriffen – auch wenn dies „objektiv“ keineswegs immer gerechtfertigt erscheint. Gleiches gilt für alle anderen europäischen sozialdemokratischen Parteien. Seit der Regierungsübernahme 1998 befindet sich die SPD in einer anhaltenden Identitäts- und Vertrauenskrise. Zudem bauten die Unionsparteien mit den sozialstaatlichen Interventionen während der Weltwirtschaftskrise ihre Kompetenzführerschaft im Bereich „Wirtschaft“ aus, während ihre zunehmende Anerkennung moderner Lebensformen die konservativen Wähler verprellte.

Der „Dritte Weg“ der europäischen Sozialdemokratie zielte auf den Gewinn von Wählerstimmen vor allem in der politischen Mitte. Daraus folgte ein Bedeutungsverlust der Stammwählerschaften für die Partei. Die so entstehende Repräsentationslücke nutzten neugegründete, hoch ideologisierte Parteien am linken Rand, die an den Orientierungen der traditionellen Arbeiterklasse und anderer unterprivilegierter Gruppen festhielten. In Deutschland war dies die „Linke“ unter tätiger Mithilfe von der Sozialdemokratie entfremdeter Teile der Gewerkschaften.

Der kontinuierliche Niedergang der Volksparteien und insbesondere der Sozialdemokratie ist im westeuropäischen Vergleich keineswegs ein deutsches Phänomen. Mit ihm verbunden ist ein Formatwechsel

des Parteiensystems von der Zweiparteiendominanz zu einem pluralistischen Parteiensystem, in dem die großen Parteien kaum mehr sechzig Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinigen können. Mit fünf im Bundestag vertretenen und im Bundesgebiet fest etablierten Parteien haben sich die Bedingungen des politischen Wettbewerbs nachhaltig zugunsten der kleineren Parteien gewandelt. Es spricht gegenwärtig vieles dafür, dass sich daran in überschaubarer Zeit kaum etwas ändern wird.

Heute konkurrieren mit der Linkspartei und den Grünen kleinere Parteien sowohl auf der Ebene der Kernkompetenz als auch auf der Ebene der Sekundärkompetenzen mit der Volkspartei SPD. Eine Entfremdung von der Sozialdemokratie kommt diesen „kleineren“ Parteien zu Gute. Für die Christdemokraten besteht ein solches Konkurrenzproblem nicht.

Die Beharrungsfaktoren

Wertewandel, Modernisierung und Individualisierung konnten die traditionellen Milieus abschmelzen, aber nicht vollständig auflösen. Insbesondere postmaterialistische Lebensstile sind ein Phänomen der oberen 30 bis 40 Prozent der Gesellschaft, aber auch derjenigen höher Gebildeten und Bildungsaufsteiger, die aus klassischen sozialdemokratischen Milieus stammen und sich gesellschaftlich nicht im Bürgertum verorten wollen. Die unteren Schichten sind weiterhin der materiellen und sozialen Verschlechterung ihrer Lage ausgesetzt. Die Verluste der Volksparteien rühren vom Verlieren und Verfehlen dieser Wählerschichten her. Mit der Orientierung auf die politische Mitte durch den „Dritten Weg“ und mit den durch die Agendapolitik erwachsenden Zweifeln am Markenkern „Soziale Gerechtigkeit“ sind die ausschlaggebenden Faktoren benannt, die seit 1998 für den Wählerverlust der Sozialdemokratie verantwortlich zeichnen. Die Zukunft der Sozialdemokratie hängt auch davon ab, wie sie mit den Interessenkonflikten der Dienstleistungsgesellschaft umgeht und ob es ihr gelingt, die Globalisierung als Feld sozialdemokratischer Politik und Gestaltung zu erschließen.

Volksparteien verfügen über eine vielgestaltige und nur „lose verkoppelte“ Organisationsstruktur, die die Gleichzeitigkeit verschiedener Organisationsrationalitäten erlaubt. Eine Vereinigung der auf Mitglieder orientierten Massenintegrationspartei mit den Eigenschaften einer durch Eliten gesteuerten Wählerpartei wäre unter Umständen möglich. Sie ist auch notwendig, da sehr viele Menschen, vor allem die politisch Interessierten, sich ihre politische Meinung nicht lediglich als Reflex auf die medialen Informationen bilden, sondern erst in Gesprächen in ihrer sozialen Lebenswelt. Dort sind daher aktive, informierte und motivierte Parteimitglieder mit ihren Argumenten gefragt. Analysen der britischen Volksparteien zeigten, dass die professionalisierte, zentralisierte und über Medien vermittelte Wahlkampagnen zwar den Zweck der Überredung heterogener Wählerschichten erfüllten. Jedoch erwiesen sich klassische Mobilisierungskampagnen durch die lokalen Parteimitglieder als effektiver beim Stimmengewinn. Die notwendige Professionalisierung der Partei in einer Medien-Gesellschaft muss mit einer bedeutungsvollen Integration und Aktivierung der Mitglieder in Einklang gebracht werden.

Die Linkspartei, mittlerweile eine Erscheinung in fast allen europäischen Ländern, ist gegenwärtig sowohl in den östlichen wie in den westlichen Bundesländern gut etabliert und spielt im Parteiensystem eine nicht zu vernachlässigende Rolle. Je weniger sich die Volksparteien in der Lage zeigen, die großen Probleme überzeugend zu lösen, umso größer werden die kleinen Parteien werden, wie sich schon in den vergangenen Jahren gezeigt hat. Die Schwäche der Volksparteien ist die Stärke der kleineren Parteien.

3. Schwäche der Volksparteien: Problem für die Demokratie

Die umfassende Repräsentation politischer Interessen gelingt zunehmend weniger durch die Volksparteien allein. Insbesondere die ökologisch orientierten und die linksozialistischen Parteien dürften sich als dauerhafte Größen des politischen Wettbewerbs erweisen, die eine Repräsentationslücke der Volksparteien schließen. Dies mag zunächst aus demokratietheoretischer Sicht unproblematisch erscheinen. Gegenüber dem klassischen Volksparteienmodell muss nun aber die Integration außerhalb der Partei, nämlich zwischen den Parteien erfolgen. Eine solche Integration folgt aber nicht mehr den Regeln einer bürokratisch-solidarischen Kompromiss- und Konsensfindung mit erheblicher Bindungswirkung, sondern denen der Parteienkonkurrenz. Dies hat Auswirkungen auf die Kohärenz der Politikformulierung und die Nachhaltigkeit (auch Halbwertszeit), die eine solche unter dem Diktat des Parteienwettbewerbs stehende Politik besitzt. Mit der zunehmenden Zahl von Koalitionspartnern steigen notwendig die Kosten für politisches Entscheiden. Demokratisches Regieren wird instabiler, ineffizienter und blockadeanfällig.

Größere Koalitionsformate vermindern die Transparenz politischer Entscheidungen. Der Bedeutungsverlust der Volksparteien wird auf lange Sicht die Möglichkeit mindern, Entscheidungen demokratischer Regierungen den beteiligten Parteien eindeutig zuzuordnen. Dies war stets ein Vorteil der Mehrheitsdemokratien gegenüber den Konsensdemokratien. Dies mag bei 2-Parteienregierungen noch überschaubar sein, bei 3-Parteienregierungen wächst jedoch die neue Unübersichtlichkeit. Insbesondere Deutschland betritt auf Bundesebene Neuland.

Volksparteien haben in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts aber nicht nur auf der politischen Ebene, sondern auch in der gesellschaftlichen Sphäre eine nicht zu unterschätzende Integrationswirkung entfaltet. In dem Maße, wie sie unterschiedliche Schichten, sozialmoralische Milieus, Ethnien und Religionen in ihrer Mitglied- und Wählerschaft zusammengebracht und repräsentiert haben, hatten sie auch eine Kohäsionswirkung auf diese „Gruppen“ in der Gesellschaft insgesamt. Insofern haben Volksparteien auch Sozialkapital und Vertrauen innerhalb der Gesellschaft gebildet. Sie haben Brücken zwischen verschiedenartigen Teilen der Gesellschaft gebaut. Werden die Schichten, Wertegemeinschaften, Ethnien, etc. zunehmend von mehreren kleinen Parteien vertreten, die in Konkurrenz zueinander stehen, wächst auch auf der gesellschaftlichen Ebene Konkurrenz und Misstrauen unter diesen „Gruppen“. So wie die politische Integration positiv auf die gesellschaftliche Integration gewirkt hat, so wird ein sich ausdifferenzierender parteipolitischer Wettbewerb auch die Gräben zwischen den nun politisch unterschiedlich repräsentierten Gruppen vertiefen.

Politische Parteien haben dann aus Wettbewerbsgründen erhebliche Anreize, diese Gruppen gegeneinander zu positionieren, um sie jeweils als Wähler für sich mobilisieren zu können. Dies geschieht etwa in Deutschland zwischen der Linken, der Sozialdemokratie und den Liberalen (bezogen auf Klassen), in vielen anderen Ländern zwischen den Rechtspopulisten und den multikulturell offenen Parteien (bezogen auf Ethnien und Religion). In einer sich so verschärfenden Konkurrenz könnten sich rationale Parteistategen immer stärker auf Schichten, Gruppen und Wählerschaften konzentrieren, das Gemeinwohl und die soziale Kohäsion dabei aber auf der Strecke bleiben. Der soziale Kitt trocknet dann weiter aus und die gesellschaftliche Fragmentierung nimmt zu.

4. Keine Gestaltungschance ohne glaubhafte Machtperspektive

Parteien sind nicht vorrangig Selbsterfahrungsgruppen, sie wollen und sollen gestalten. Das fällt Volksparteien schwerer als Klientelparteien, weil sie einen Gemeinwohl-Anspruch stärker herausarbeiten müssen und sich nicht auf einzelne Themen beschränken können. Das erfordert ein programmatisches Profil in Form eines Grundsatz- und Wahlprogramms. Gerade für Volksparteien muss programmatisch-praktische Kontinuität spürbar sein: Kurzfristige, nicht vermittelte programmatische „Anpassungen“ lassen das Programmprofil mit dem Anspruch auf Glaubwürdigkeit kollidieren. Immer wichtiger wird in unserer medial geprägten Welt: Programmatischer Anspruch, fachliche Kompetenz und soziale Integrität müssen durch ein überzeugendes personelles Angebot vermittelt sein. Jeder relevante Politikbereich benötigt ein dazugehöriges Gesicht, sonst gilt es als nicht bearbeitet.

Zu den Voraussetzungen für politische Zustimmung gehört vor allem auch eine nachvollziehbare Machtoption. Die Ausdifferenzierung der Gesellschaft und die mit der deutschen Einheit beendete Sonderposition des deutschen Parteiensystems haben in den letzten zwanzig Jahren zu einer weitgehenden Europäisierung der deutschen Parteienlandschaft geführt. Unser personalisiertes Verhältniswahlrecht dürfte dauerhaft dazu führen, dass das Fünf-Parteiensystem im Parlament eher der Normalfall ist, Wahlergebnisse von über 40 % für eine Partei die absolute Ausnahme sind, „Große Koalitionen“ nicht einmal mehr die Mehrheit der Bevölkerung repräsentieren, Koalitionsbildungen schwieriger und Dreier-Koalitionen zum Normalfall werden. Bürgerinteressen werden sich künftig immer stärker jenseits der Parteienlandschaft artikulieren. Das mag man bedauern, aufhalten werden wir diese Entwicklung in der Tendenz nicht. Es wird die politische Alltagskultur – wie in anderen europäischen Ländern bereits sichtbar – deutlich verändern. Stellen wir uns darauf ein.

Das heißt in der Konsequenz für die SPD:

1. Ohne den Anspruch aufzugeben, Volkspartei zu sein: Die SPD muss wieder parteiischer werden, vor allem als solche erkennbar, als Partei der modernen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie der kleinen Selbstständigen, die soziale Gerechtigkeit, den Leistungsgedanken und die Chancengleichheit miteinander verbinden will, die Privatinitiative und Gemeinwohlorientierung sinnvoll austariert, und die – darüber hinaus – die soziale Teilhabe und Sicherung als Bürgerrecht für alle gewährleistet. Soziale Gerechtigkeit, Leistung und Teilhabe – das ist die Messlatte sozialdemokratischer Politik.
2. Die SPD muss noch stärker die Partei werden, in der die relevanten gesellschaftlichen Fragen diskutiert werden. Wir haben zwar – mit unserem Grundsatzprogramm – ein Instrumentarium zur Beurteilung gesellschaftlicher Fragen, aber wir maßen uns nicht an, auf alles die Antwort zu haben. Vor allem streichen wir das Wort „alternativlos“ aus unserem Wortschatz! Die moderne Mediengesellschaft muss lernen, dass der gesellschaftliche Diskurs, der Streit um die beste Antwort Kernelement unserer demokratischen Kultur werden müssen.
3. Die Strukturierung von Politik wird auch in Zukunft durch Parteien vollzogen werden. Dies gelingt umso mehr, wenn die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung sich im Parteiensystem aufgehoben fühlt und die Parteien auf Allmachtsansprüche ebenso verzichten wie auf ein politisches Repräsentationsmonopol.

4. Wahlen sind bekanntermaßen mehr als politische Momentaufnahmen. Sie verleihen Macht auf Zeit. Die veränderten Rahmenbedingungen erfordern veränderte Handlungsweisen im Vorfeld und im Nachgang.

Im Vorfeld: Negative Koalitionsaussagen sind tunlichst zu vermeiden. Sie unterbinden Machtoptionen, verengen Verhandlungsspielräume nach der Wahl, stellen bei späterer Missachtung der Aussage die Glaubwürdigkeit massiv in Frage. Diese Positionierung muss trotz massiven Drängens der Medien durchgehalten werden. Nicht eine bestimmte Koalition ist Ziel, sondern durch ein gutes Wahlergebnis soll ein maßgeblicher Einfluss auf Regierungshandeln in der nächsten Wahlperiode sichergestellt werden. Davon unberührt ist, auf die vergleichsweise große inhaltliche Schnittmenge mit den Grünen hinzuweisen.

Im Nachgang: Aus der Unstrittigkeit der Koalitionsbildung und der Zusicherung von Koalitionsverhandlungen lassen sich keine Rückschlüsse auf die Qualität von Regierungshandeln schließen, wie CDU/CSU/FDP seit ihrem Regierungsantritt nachweisen. Koalitionsverhandlungen werden langwieriger in Folge der Wahlergebnisse. Wir müssen lernen, mit Labilität umzugehen, Minderheiten-Regierungen zu akzeptieren, veränderte politische Alltagskulturen und veränderte Willensbildungswege (Stärkung der Parlamente gegenüber der Exekutive!) zu entwickeln.

Entscheidungen über Koalitionen und Kooperationen fallen auf der jeweiligen politischen Ebene. Vorschläge Dritter, bestimmte Koalitionen seien auszuschließen, sind nichts anderes als das Bemühen von Mitbewerbern, ihre eigenen Handlungsoptionen zu unseren Lasten zu verbessern.

5. Gesellschaftliche Bündnisse

Die gesellschaftliche Verankerung der SPD

Ob eine Partei den Anspruch erheben kann, eine Volkspartei zu sein, hängt auch damit zusammen, wie stark sie die Funktion erfüllt, die unterschiedlichen gesellschaftlichen Milieus und Strömungen zu erreichen und zu verbinden. Hier stellt sich die Frage, welche gesellschaftlichen Gruppen es in Deutschland gibt, wo sie politisch verortet sind und welche Gruppen für die SPD tatsächlich noch erreichbar sind. Die Studie „Gesellschaft im Reformprozess“ der Friedrich-Ebert-Stiftung aus dem Jahr 2006 bietet hier wichtige Anhaltspunkte. Sie teilt die bundesdeutsche Bevölkerung in politische Milieus ein, deren Mitglieder sich in Bezug auf ihre materielle Lebenslage, ihre Werthaltungen und ihre Erwartungen an Politik jeweils ähneln.

Die politischen Milieus im Kurzüberblick

Die Leistungsindividualisten (Anteil: 11 %) bilden zu großen Teilen das Kernmilieu des Wirtschaftsliberalismus. Die Etablierten Leistungsträger (15 %) repräsentieren vor allem das kleinstädtische und (liberal-) konservative Milieu. Sie sind stark leistungsorientiert und elitebewusst.

Die Kritischen Bildungseliten (9 %) stellen die politisch am weitesten links stehende, jüngste und zugleich am höchsten qualifizierte Gruppe dar. Qualifizierte Angestellte, Beamte der höheren Laufbahn und freiberufliche Akademiker sind überdurchschnittlich vertreten.

Das Engagierte Bürgertum (10 %) ist ein über einen längeren Zeitraum gewachsenes rot-grünes Kernmilieu, auch wenn eine Minderheit darunter zur Wahl bürgerlicher Parteien neigt.

Die Zufriedenen Aufsteiger (13 %) stehen für eine leistungsorientierte moderne Arbeitnehmerschicht. Sie haben sich nach eigenem Empfinden durch persönliche berufliche Leistung einen höheren Status erarbeitet.

Die Bedrohte Arbeitnehmerschicht (16 %) repräsentiert die vor allem (klein-)städtische und stärker industriell geprägte Arbeitnehmerschicht – und damit das „traditionellere“ sozialdemokratische Kernmilieu. Die Selbstgenügsamen Traditionalisten (11 %) sind von allen Gruppen am stärksten auf die beiden Volksparteien orientiert. Sie weist die höchsten Anteile an Menschen mit einfacher Schulbildung, über-60-jährigen und Frauen auf.

Die Autoritätsorientierten Geringqualifizierten (7 %) haben, meist aus einfachen Verhältnissen kommend, einen Aufstieg „im Kleinen“ erreicht. Der Anteil an ungelerten Arbeitern sowie einfachen Arbeitern und Angestellten ist überdurchschnittlich.

Das Abgehängte Prekariat (8 %) ist geprägt von sozialem Ausschluss und Abstiegsenerfahrungen. Diese Gruppe hat einen hohen Anteil berufsaktiver Altersgruppen, weist den höchsten Anteil an Arbeitslosen auf und ist zugleich ein stark ostdeutsch und männlich dominierter Typ.

Abb. 4: Bindung an die SPD nach politischen Typen

	Wahlpräferenz	SPDEnges Potenzial	Weites Potenzial	Gesamtes Potenzial
Engagiertes Bürgertum	33	7	8	48
Autoritätsorientierte				
Geringqualifizierte	30	9	6	45
Kritische Bildungseliten	29	6	7	42
Selbstgenügsame Traditionalisten	26	9	6	41
Bedrohte Arbeitnehmerschicht	23	7	10	40
Abgehängtes Prekariat	16	12	9	37
Zufriedene Aufsteiger	25	6	4	35
Leistungsindividualisten	18	8	8	34
Etablierte Leistungsträger	14	6	7	27

Quelle: SPD-Parteivorstand, 2007

Deutlich wird hier: Allen Abgesängen auf die „Volkspartei SPD“ zum Trotz verteilt sich das Wählerpotenzial der SPD über das gesamte gesellschaftliche Spektrum. Schwerpunkte sind die linksliberalen Milieus des Engagierten Bürgertums und der Kritischen Bildungseliten einerseits und die Arbeitnehmerschicht andererseits.

(Autoritätsorientierte Geringqualifizierte, Selbstgenügsame Traditionalisten, Bedrohte Arbeitnehmermitte) andererseits. Schwachpunkte sind die konservativliberalen Milieus, doch in allen Milieus ist die SPD mit einer kritischen Masse vertreten. Das gelingt der Union nicht mehr flächendeckend, den anderen Parteien erst recht nicht. Offensichtlich ist aber auch, dass die SPD ihre Mobilisierungspotenziale zurzeit bei weitem nicht ausschöpft, weder im Milieu der Kritischen Bildungselite bzw. des Engagierten Bürgertums noch in der Bedrohten Arbeitnehmermitte.

Eine besondere Situation besteht in Ostdeutschland. Nach der massiven Deindustrialisierung Ostdeutschlands sind dort bis heute nur wenige wirtschaftliche Zentren entstanden, die eng in die internationale Arbeitsteilung eingebunden sind. Das hat zu starken Disparitäten zwischen den Regionen, aber auch zwischen den Generationen der alten und neuen Arbeitnehmerschaft geführt. In der Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung spiegelt sich diese Besonderheit innerhalb des Arbeitnehmerlagers wider: die im Vergleich zum Westen stärkeren Milieus der „Leistungsindividualisten“ (15%) und das „Abgehängte Prekariat“ (25%) stehen neben einem etwa im Westen gleich starken Milieu der „Bedrohten Arbeitnehmermitte“ (18%).

Diese Entwicklung erklärt teilweise eine politische Besonderheit: Zwischen den neuen „Angekommenen“ und den „Abgehängten“ sind CDU, SPD und Linke fast gleichstark vertreten, die CDU stärker bei den „Leistungsindividualisten“, die Linke stärker beim „Abgehängten Prekariat“. Die Linke wird wegen des mindestens mittelfristig fortbestehenden sozialen Gefälles auf der Ost-West-Achse (Einkommen, Vermögen, Repräsentation) ihr in den 90er Jahren erworbenes Profil als „Ostpartei“ besser einsetzen können, als SPD und CDU, somit aber auch in Zukunft eine Mischung aus Regionalpartei und Protest-Partei bleiben - auch wegen der immer noch besseren Verankerung innerhalb der ostdeutschen zivilgesellschaftlichen Strukturen.

Die neugegründete ostdeutsche sozialdemokratische Partei trat 1989 als erste der neuen Oppositionsbewegungen dem totalen Machtanspruch der SED entgegen, indem sie ihr das unter Zwang einverlebte Erbe der SPD bestritt. Hervorgegangen aus den Friedens- und Emanzipationsbewegungen in der DDR, waren die ostdeutschen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten zumeist nicht mehr in den Traditionen und Organisationen der Arbeiterbewegung verankert. Diese Entfremdung konnte in den vergangenen zwei Jahrzehnten - auch gegen die Erwartung einer Renaissance der Partei in ihren ehemaligen Stammgebieten - nur teilweise aufgehoben werden.

Politische Klammerfunktion

Will die SPD ihren Charakter als linke Volkspartei erneuern, muss ihr wieder gelingen, was ihr in guten Zeiten immer gelang: ein Bündnis zwischen Facharbeitern/Angestellten und den aufgeklärten, solidarischen Bürgern zu schmieden. Hierbei geht es um viel mehr als nur um eine Strategie zur Mehrheitsfähigkeit. Es handelt sich um die ureigene Aufgabe der SPD, es geht um ihre Existenzberechtigung als linke Volkspartei.

Die große Herausforderung für die Volkspartei SPD lautet: Den Bogen zu spannen zwischen den sich immer mehr entkoppelnden unterschiedlichen Milieus mit unterschiedlichen Lebenslagen und Bedürfnissen – und dabei nicht beliebig zu sein, sondern markant und unverwechselbar. Das ist nur scheinbar ein Widerspruch, denn gerade das Unverwechselbare, der klare Wertekanon der Partei ist es, der die Klammer zwischen den Milieus bilden kann. Doch dazu müssen diese Werte deutlich sichtbar sein und alle Einzelforderungen müssen auf sie verweisen. Es kann also nicht darum gehen, für jedes Milieu und jede Zielgruppe ein Extraangebot zu formulieren, sondern darum, die Einzelforderungen verschiedener Gruppen diskursiv auf der Basis

überzeugender Grundwerte zu verknüpfen. Die großstädtische Akademikerin und der Schreinerlehrling aus der Kleinstadt kommen nicht von alleine zueinander, es braucht den Diskurs, das gemeinsame Ringen darum, was „gut“ für eine Gesellschaft ist.

„Wohlstand und Freiheit durch weniger Staat“ war in den letzten Jahrzehnten das zentrale Versprechen der Neoliberalen. Die SPD muss in der Lage sein, einen eigenen Diskurs darüber anzuführen, wie Gemeinwohl herzustellen ist, als Alternative zum Diskurs derjenigen konservativen Kräften, der darauf basiert, die Milieus oder Schichten gegeneinander in Stellung zu bringen, wie es exemplarisch am politisch und medial inszenierten Konflikt zwischen Steuerzahlern und Transferempfängern zu beobachten ist. Verwiesen sei hier auf die Rhetorik der Propheten einer neuen Bürgerlichkeit und ihre Übersetzung in die tagespolitische Debatte („spätromische Dekadenz“).

Ein sozialdemokratischer Diskurs, der alte Bündnisse erneuert und stärkt sowie neue Bündnisse entstehen lässt, braucht eine klare Abgrenzung zum politischen Gegner. Es muss deutlich werden: Auf welchen Werten basiert unsere Politik? Wofür stehen wir, und wofür die anderen? Was will der politische Gegner, und was ist unsere Alternative? Das ist die emotionale Grundlage für ein Bündnis, nur so ist Identifikation und Mobilisierung möglich. Der Konflikt ist unentbehrlicher Bestandteil des Politischen – der Konsens gehört an das Ende eines Aushandlungsprozesses, nicht an den Anfang.

Um Volkspartei zu bleiben, ist es notwendig, aber nicht ausreichend, die enttäuschten SPD-Wähler/innen im Wartestand abzuholen und die Teile der für die SPD offenen Milieus zurückzuerobern, die zu den Grünen oder den Linken abgewandert sind. Es ist auch nötig, ins gegnerische Lager „hinüberzustrahlen“. Das kann allerdings in Bezug auf Bündnisfähigkeit nicht bedeuten, dass sich die Sozialdemokratie den Positionen des Gegners annähert und seine Rhetorik, seine Begriffe übernimmt. Damit würde sie nur konservative Denkmuster verstärken und dem politischen Gegner in die Hände spielen. In den Köpfen der meisten Menschen koexistieren widersprüchliche Denkmuster, das gleiche gilt für die unterschiedlichen gesellschaftlichen Milieus. Hier existieren nebeneinander progressive und konservative, egoistische und gemeinschaftsorientierte Denkmuster. Das Ziel sozialdemokratischer Kommunikation muss es sein, die progressiven und gemeinschaftsorientierten Muster in den Köpfen der Menschen zu aktivieren und politische Leidenschaft dafür zu wecken. Das gilt auch für diejenigen Postmaterialisten und Gewinner der Bildungsreformen der 70er Jahre, die inzwischen das Lager gewechselt haben und dabei sind, sich aus der Solidarität auszuklinken. Sie gilt es, an ihre Werte zu erinnern und davon abzuhalten, in die unsolidarische „Prekariatsverachtung“ der neuen Bürgerlichkeit zu entgleiten.

Ankerpunkte in der neuen politischen Generation

Als Volkspartei der Zukunft muss die SPD auch Volkspartei der jungen Generation sein, doch davon ist sie im Moment – zumindest quantitativ – weit entfernt. Von den 18- bis 24-jährigen Frauen zum Beispiel wählten bei der Bundestagswahl 2009 nur 18 Prozent SPD. Um die junge Generation wieder zu erreichen, muss die SPD lernen, eine Sprache zu sprechen, die von dieser Generation verstanden wird. Und sie muss verstehen, wie die junge Generation tickt.

Die junge Generation gilt als politikfern, doch parteifern wäre der präzisere Begriff. Die jungen Frauen zwischen 18 und 25 sind zum Beispiel die Gruppe in Deutschland mit der geringsten Parteibindung: Nur 14,7 Prozent fühlen sich einer Partei fest verbunden. Bei den jungen Männern sieht es nicht viel besser aus. Loyalität

zu einer politischen Richtung und Parteizugehörigkeit wird nicht mehr automatisch vererbt, der Großteil der jungen Generation hat keine feste, aus dem Milieu erwachsene politische Heimat – und sucht auch nicht danach. Gleichzeitig prägt die junge Generation eine große Parteien- und Politikerverachtung, ein hohes Misstrauen gegenüber dem „politischen System“. Damit ist kein neues Phänomen benannt – der Graben zwischen den Parteien bzw. dem „politischen System“ und den jungen Menschen wächst seit mindestens zwei Jahrzehnten und ist inzwischen entsprechend tief.

Laut der Shell-Jugendstudie 2010 können sich immerhin 17 Prozent der jungen Menschen im Alter von 12 bis 25 Jahren vorstellen, sich in einer Partei oder politischen Organisation zu engagieren. Nur acht Prozent können sich gar nicht vorstellen, sich politisch zu engagieren. Nur zwei Prozent allerdings geben an, sich in Parteien zu engagieren. Zunächst gilt es natürlich, diese Kluft zu schließen und die eigene Parteiorganisation so zu verändern, dass aus der theoretischen Möglichkeit einer Parteimitgliedschaft Wirklichkeit wird. Es ist nicht zu erwarten, dass sich die neue politische Generation der Logik von Parteien anpasst, also müssen sich Parteien stärker der neuen politischen Generation anpassen, sie müssen offener, weniger dogmatisch, weniger hierarchisch, auch weniger männlich sein. Das gilt besonders im Hinblick auf die jungen Frauen: Bei ihnen ist die Diskrepanz zwischen der Bereitschaft zu Engagement und politischen Aktivitäten und der tatsächlichen Mitgliedschaft in Parteien besonders hoch. Um Frauen für die Wahl der SPD oder ein Engagement als Mitglied zu gewinnen, müssen die Themen ihrer Lebenswirklichkeit im Bildungswesen, auf dem Arbeitsmarkt und der Bereich Familienpolitik auf überzeugende Weise konkret aufgegriffen werden und Frauen müssen als Repräsentantinnen sozialdemokratischer Politik sichtbar gemacht und als Vorbilder erkennbar werden.

Genauso wichtig ist aber der Blick auf die 83 Prozent, die sich zurzeit dezidiert keine Parteimitgliedschaft vorstellen können. Es ist eine zentrale Aufgabe der Volkspartei SPD, in diese Gruppe hinein neue Brücken zu bauen – ohne gleich als ersten Schritt die Parteimitgliedschaft im Blick zu haben. Die junge Generation ist nicht auf der Suche nach einer politischen Heimat und nach einer geschlossenen Weltanschauung. Zwar ordnet sie sich in der Mehrheit immer noch „leicht links“ ein, aber das ist für sie mehr eine Frage des Lifestyles, der Selbstäußerung als die automatische Zustimmung zu einem Set an bestimmten Positionen. Wenn die Volkspartei SPD in der Welt der politischen Aktivitäten junger Menschen wieder vorkommen will, muss sie akzeptieren, dass die jungen Menschen nur mit einem Teil ihrer Identität in das Bündnis eintreten, und auch nur ein Teil der Ziele der Partei mittragen.

Immerhin gibt es nach einem Zyklus der Entpolitisierung wieder eine wieder wachsende Zahl engagementbereiter junger Menschen, die sporadisch und themenbezogen aktiv werden oder zumindest grundsätzlich dazu bereit sind (siehe Shell-Jugendstudie 2010). Ein Beispiel dafür sind die Hochschulproteste im Zuge des Bologna-Prozesses, aber auch die vielfältigen Aktivitäten im Rahmen der G8-Gipfel von Seattle im Jahr 1999 bis Heiligendamm 2007 und darüber hinaus. Sie zeichnen sich dadurch aus, dass hier in loser Organisationsstruktur unterschiedlichste Gruppen und Individuen mit unterschiedlichen Bedürfnissen und Verankerungen zusammenkommen, sich auf gemeinsame Ziel verständigen und auf diese Weise durchaus in der Lage sind, Themen auf die mediale und politische Agenda zu setzen. Beispielsweise interessierten sich vor Beginn der G8-Proteste höchsten Experten für Organisationen wie den Internationalen Währungsfonds, doch seit „Seattle“ sind internationale Organisationen in die politischer Auseinandersetzung zurückgekehrt.

Eine linke Volkspartei muss den Charakter der neuen politischen Generation verstehen, akzeptieren und für bestimmte Themen als Bündnispartner zu Verfügung stehen (die Betonung liegt hier auf dem Wort „Partner“).

Solche Bündnisse leben nicht von Verschmelzung, sondern von gegenseitiger Verstärkung zwischen Partei und Bewegung. Eine linke Volkspartei muss in der Lage sein, entstehende politische „Bewegung“ zu erkennen, zu flankieren, ihre Forderungen, sofern Anschlussfähigkeit an den eigenen Wertekanon besteht, zu bündeln und zum „Herausgeber“ bestimmter Forderung zu werden, um ihnen Anschluss in den Raum der politischen Realisierung und Gesetzgebung zu ermöglichen. An dieser Stelle kann die Partei dann ihre Stärke ausspielen – nämlich die Fähigkeit, Forderung tatsächlich auch durchzusetzen.

Es gilt also, Bündnisse hinter inhaltlichen Forderungen zu versammeln, hier als Partei wieder Anführerin zu werden (statt das Organisieren und Artikulieren von Protest und Veränderungsbedarf Organisationen wie Campact zu überlassen). Hier ist Mitsprache und Partizipation das Zauberwort: Die junge Generation möchte keine politischen Devisen empfangen, sie will nicht passiver Empfänger einer Kampagne sein, sondern Teil von ihr. Auch Grundsatzdebatten interessieren sie wenig, Politik muss für sie konkret sein, aus ihrem Alltag hervorgehen. Die Mitgliederpartei SPD muss ein zweites Standbein als Mitmachpartei haben. Dafür braucht es eine große Offenheit für neue Inhalte und Themen – und die Bereitschaft, einen gewissen Steuerungsverlust zuzulassen. Eine Partei, die eine solche Öffnung riskiert, braucht ein stabiles Wertefundament, um ihre Identität zu erhalten und für die eigenen Mitglieder, die das wichtigste Kapital einer Volkspartei sind, weiterhin der politische Heimathafen zu sein.

Die junge Generation ist die erste Generation der „Digital Natives“, für sie ist das Internet ein natürlicher Lebensraum. Das Netz ist ihr Marktplatz der Ideen, also muss eine Volkspartei ganz logisch und natürlich im Netz existieren. Junge Menschen verhalten sich im Netz genauso wie sonst auch, das heißt, auch hier meiden sie Parteien als Institutionen – also auch deren Internetauftritt. Das bedeutet zweierlei. Um die junge Generation zu erreichen, muss die Volkspartei SPD dort unterwegs sein, wo die junge Generation ihre Marktplätze hat, also in den Sozialen Netzwerken und Foren. Gleichzeitig kann sie dort nicht als Organisation unterwegs sein, als unpersönliche, gesichtslose Institution oder als Logo. Vielmehr sind junge, netzaffine Sozialdemokrat/innen auf allen Ebenen gefragt, die sich mit ihren Themen in die Diskussionen im Netz einzubringen, und zwar nicht im Stil einer Pressemeldung, sondern mit Persönlichkeit und „eigener Stimme“.

6. Volkspartei SPD: Identität und Strategie

Sozialdemokratische Identität

Es ist der Identitätskern der Sozialdemokratie, eine an den Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität orientierte Politik mit umsetzbaren Programmen wirklichkeitsfähig und durch eine breite soziale Bündnispolitik auch politisch mehrheitsfähig zu machen. Darin genau bestand stets ihr Anspruch Volkspartei zu sein. Auf keines der drei genannten Kriterien kann die SPD verzichten, solange sie Volkspartei bleiben will. Sie markieren den Weg zur führenden politischen Gestaltungsmacht, auch wenn die Umstände wechseln. Die Bundestagswahl 2009 hat mit einem Donnerschlag daran erinnert, dass gute Programme allein nicht reichen. Neben der Glaubwürdigkeit der Handelnden muss eine handfeste Machtperspektive hinzutreten, damit die Wähler ihre Stimme bei der SPD in den richtigen Händen sehen. Das unterscheidet die SPD wesentlich von den kleinen Parteien, denen es reicht, sich ihren Wählern als Korrektiv für die Politik der Großen anzubieten. Volksparteien aber gibt es nicht im Westentaschenformat. Neben der Schärfung ihres Programmprofils braucht die SPD als Volkspartei auch eine überzeugende Mehrheitsstrategie, die öffentlich erkennbar ist.

Wie aber kann die SPD im heutigen Fünf-Parteiensystem eine glaubwürdige Machtperspektive zurückgewinnen? Es kursieren zwei Vorschläge. Der eine rät zu einer dominanten Rolle der Sozialdemokratie bei der Organisation eines Mitte-Linken Lagers, der andere plädiert für eine eigenständige Profilierung der SPD mit deklariertem Rot-Grün-Präferenz. Beide Strategien basieren auf guten Argumenten, beide enthalten aber auch Probleme und offene Fragen. Zusammen enthalten sie alle Elemente für einen Erfolg versprechenden Weg der Sozialdemokratie zur politischen Mehrheitsmacht. Die Kombination von drei Strategieelementen auf der sicheren Basis der sozialdemokratischen Grundwerte erscheint in der gegebenen Lage als ein erfolgversprechender Weg: die offensive politische Eigenprofilierung, eine rot-grüne Präferenz und die prinzipielle Offenheit für eine mögliche Linksoption unter genau bestimmten Bedingungen.

Ein politisches Lager im eigentlichen Sinne gibt es in der Bundesrepublik bisher nicht, denn es setzt neben der weitgehenden Übereinstimmung in zentralen politischen Fragen vor allem auch Absprachen und Zusammenarbeit voraus. Was es gibt, sind deutliche mitte-linke Selbstzuordnungen der Wähler und eine ihnen entsprechende Politiknähe der drei Parteien im Mitte- Links Spektrum, ein virtuelles Lager sozusagen. Ein Verbund dieser Parteien mit vertragsähnlicher Bindung, also eine Koalition in der Opposition, wäre für die SPD kontraproduktiv. Er würde die politische Dynamik lähmen, die Linkspartei von der notwendigen demokratischen Normalisierung und der Entwicklung realistischer Handlungsprogramme entlasten. Außerdem würde dies die lagerübergreifende Wählerwanderung ignorieren und damit Glaubwürdigkeitsgewinne und Wahlchancen der SPD ohne Not preisgeben. Eine Strategie der eigenständigen Profilierung mit Rot-Grüner Präferenz ist als Kern einer sozialdemokratischen Strategie die beste Lösung, aber sie ist unvollständig. Sie erlaubt die lagerübergreifende Rückgewinnung ehemaliger oder potentieller sozialdemokratischer Wähler und stellt die eigene politische Identität in den Mittelpunkt von Programmarbeit und öffentlicher Kommunikation. Nicht zu vergessen, dass der SPD bei der Wahl 2009 Wähler in großer Zahl auch in Richtung CDU und Wahlenthaltung entglitten sind. Mit einem geschärften Programm und einem glaubwürdigen Auftritt kann die SPD die meisten davon zurück-, und angesichts der desaströsen Politik von Schwarz-Gelb, vermutlich darüber hinaus noch viele hinzugewinnen. Das verlangt den Vorrang für die eigenständige Profilierung.

Strategie für die Mehrheit

Politische Lager sind nie Gegebenheiten, sondern stets Produkte zielstrebigem politischen Handelns. Was es hierzulande gibt, ist ein Mitte- links Spektrum, freilich aufgrund des jeweils ganz anderen Charakters der Linkspartei mit erheblich unterschiedlicher Ausprägung in Ost- und Westdeutschland. Politische Unterschiede zwischen den beteiligten Parteien ergeben sich in mehreren Dimensionen. Neben der zentralen ökonomisch- sozialen Dimension spielen die kulturelle und die demokratiepolitische eine Rolle. Genau genommen lassen sich aber kaum noch die Parteien als ganze wie homogene Einheiten nach diesen Dimensionen bemessen, außer der heutigen FDP, von den Rechtsextremen zu schweigen. Es gibt auch ökonomisch eher Linke bei der CDU und eher Rechte bei den Grünen. Kulturell Libertäre finden sich mittlerweile in allen Parteien, wenn auch in unterschiedlichem Maße, außer natürlich ganz rechts. Das gilt für Mitglieder und Wähler gleichermaßen. Das schafft Flexibilität, aber auch chronische koalitionspolitische Risiken. In der Linkspartei gibt es demokratiepolitisch unsicherer Kantonalisten und DDR-nostalgische Wirr- und Trotzköpfe, aber das Problem ihres Programms ist nicht vermeintlicher Extremismus, sondern sektiererhafte Realitätsferne und der kennzeichnende Befund, dass es den Hauptstrom ihrer Mandats- und Amtsträger nicht widerspiegelt. Eine tragfähige Koalitionspolitik kann sich folglich nicht auf die Statik festliegender Gruppen stützen, zwischen denen nur noch Verträge zu schließen wären. Sie muss, wenn sie gewollt wird, aus heterogenen und im Fluss befindlichen Formationen politisch aufgebaut werden. In diesem Prozess muss die SPD mit ihren

Grundwerten und durch ihre Politikangebote eine dominante Rolle spielen. Von ihr muss die maßgebliche Ausstrahlungskraft für die Kooperation des Mitte-Links-Spektrums ausgehen. Der Bedeutung eines solchen Prozesses besteht, wenn er in öffentlichen Debatten erfolgt, darin, auf diesem Wege gleichzeitig auch die gesellschaftlichen Milieus zu vermitteln und zu mobilisieren, die als gesellschaftliche Grundlage einer mitte-linken Regierungszusammenarbeit von entscheidender Bedeutung sind.

Die kulturelle Dimension des Parteienunterschieds ist für die Sozialdemokratie gewiss nicht unwichtig, aber am zentralen Beispiel der Schul- und Bildungspolitik erweist sich ihre Uneindeutigkeit, denn gerade hier ist die Übereinstimmung der vermeintlich polaren Parteien groß. Zudem bildet die ökonomisch-soziale Dimension plus zugehöriger Ökologie in der gegenwärtigen Situation zweifellos den Schwerpunkt sozialdemokratischer Politik. Bei der FDP ist auf diesem Feld trotz ihrer großen Not in absehbarer Zeit vermutlich nicht viel zu holen, wobei der Rückblick auf die wechselhafte Geschichte dieser Partei allerdings zeigt, dass in der Folge ihrer gegenwärtigen fundamentalen Orientierungskrise auch eine Wiederentdeckung ihrer sozialen Komponente nicht ganz auszuschließen ist.

Die deutschen Medien haben die Regierungsbildung in Düsseldorf im Jahre 2010 in provinzieller Weise zum Anlass genommen, das Projekt einer Minderheitsregierung als prinzipiell wackelig und unseriös abzustempeln. Der europäische Rundblick aber zeigt, dass in einer Reihe wichtiger Länder, zu denen die skandinavischen und auch Spanien gehören, sozialdemokratische Politik von Minderheitsregierungen erfolgreich geführt werden konnte, und zwar ohne Gefährdung der demokratischen Stabilität. Es dürfte auch für Deutschland nur eine Frage der politisch kulturellen Gewöhnung und mehr noch des medialen Umdenkens sein, ein solches Projekt, wenn es aus den Wahlergebnissen zwingend begründet werden kann, auf Bundesebene zu realisieren. Die SPD tut gut daran, sich selbst, die Gesellschaft und die Öffentlichkeit daran zu erinnern, dass dies in gegebener Lage eine Option, wenn auch sicher kein anzustrebendes Ziel sein kann.

Die im Kern richtige Strategie der eigenständigen Profilierung der SPD mit Rot-Grüner Präferenz lässt zwei ausschlaggebende Fragen offen. Die erste besteht darin, dass unter voraussehbaren Bedingungen eine ausschließlich rot-grüne Mehrheitsbildung immer unsicher bleiben dürfte und in gegebener Lage von den Grünen diese Option zugunsten von schwarz-grün rasch zu den Akten gelegt würde, wenn sich nicht eine realisierbare linke Mehrheitsalternative zeigt. In der öffentlichen Kommunikation und ganz besonders in den kommenden Wahlkämpfen macht diese Strategie daher nur Sinn, wenn sie glaubwürdig erweitert wird. Für eine solche Erweiterung kommt nach Lage der Dinge die FDP, solange diese sich nicht an Haupt und Gliedern sozial erneuert, kaum in Frage. Bleibt nur die Linkspartei, der unsichere Kantonist. Im Hinblick auf sie muss die SPD zunächst klarstellen, dass außer Übereinstimmungen im ökonomisch-sozialen und bildungspolitisch-kulturellen Bereich auch eine Hinwendung zu verantwortungsvoller Außen- und Europapolitik Bedingung für eine mögliche bundespolitische Zusammenarbeit ist, eine klare Antwort auf die Demokratiefrage sowieso. Die Festlegung allein auf die Rot-Grüne Präferenz in der Wahlkampagne bei gleichzeitiger Verkündung, dass die SPD ansonsten nach allen Seiten offen ist, ist weder glaubwürdig, noch eine wirkliche Machtperspektive. Der Dauerrefrain, dass die Linkspartei nicht regierungsfähig sei, kommt einer überflüssigen Selbstblockade gleich. Wenn die Wähler annehmen können, dass dies am Ende ebenso gut zu einer großen Koalition mit der CDU oder zu einem Notkompromiss mit den Liberalen führen könnte, werden sich viele verweigern oder anders orientieren. Eine solche Strategie lässt sich nicht glaubwürdig vermitteln, weil sie die entscheidende Frage offen lässt. Eine früh beginnende öffentliche Debatte solcher strategischen Möglichkeiten ist eine Bedingung für ihren späteren Erfolg, weil der die Gefahr, dass Medien und politische Gegner in Wahlzeiten mit Anprangerungen und Verdächtigung die Öffentlichkeit verunsichern, beträchtlich verringert.

Erfolgsversprechend erscheint daher nur die Strategie der Eigenprofilierung mit rot-grüner Präferenz, wenn sie zusätzlich die politischen Bedingungen nennt, unter denen, wenn nötig, eine Öffnung für die Linksoption in Betracht kommt. Es geht um rot-grün plus. Eine durch klare Vorgaben bedingte Links-Option frühzeitig in die Debatte einzubeziehen und allmählich zu normalisieren, ist die klügste Strategie. Die Bedingungen für eine Zusammenarbeit mit der Linkspartei sind in Ost- und Westdeutschland sehr verschieden. Politisch muss die SPD in Ost-Deutschland nicht nur auf eine viel kleinere „Mitte“ als im Westen setzen, also auf diejenigen, die angekommen sind und dies mit einer solidarischen Wertorientierung verbinden, sie muss auch mit einer starken Linken darum konkurrieren, wer die ostdeutschen Interessen besser vertritt – indem sie darauf verweisen kann, dass nur sie solche auf gesamtdeutscher Ebene umsetzen kann. Weil die Repräsentation der regionalen Interessen wichtiger ist als das Beharren auf bestehenden politischen Unterschieden, stehen SPD und Linke in Ostdeutschland bei der Bevölkerung zunehmend in einer Kooperationserwartung. Mit dem Ausscheiden der letzten Generation von ehemaligen SED-Funktionären ist in Ostdeutschland diese Situation praktisch schon eingetreten.

Grundlage der Debatte über Kooperationsmöglichkeiten müssen die sozialdemokratischen Grundwerte sein sowie die schon bestehenden Übereinstimmungen auf den Gebieten der Schulreform, der Sozialstaatsicherung, der demokratischen Einbettung der Märkte und der Gesundheitspolitik. Auf den für die Regierungsverantwortung außerdem maßgeblichen Politikfeldern der internationalen und der europäischen Politik muss offensiv um verantwortliche und realisierbare Politikkonzepte gerungen werden. Im Hinblick auf die Option einer solchen Kooperationsperspektive gewinnt der jüngst von politikwissenschaftlicher Seite gemachte Vorschlag Sinn, „Volkspartei“ im Fünfparteiensystem künftig als Charakterisierung derjenigen Parteien zu benutzen, die in der Lage sind, eines der beiden großen politischen Spektren, Mitte-Rechts oder Mitte-Links koalitionspolitisch zu organisieren und programmatisch zu prägen. Für die SPD erscheint dies sowohl als ein mögliche als auch eine vielversprechende Perspektive, vor allem aber auch als die einzig realistische.

Offen bleibt dabei die Form der Zusammenarbeit, ob es zur selektiven Kooperation einer Rot-Grünen Minderheitsregierung mit der Linken kommt, einer verabredeten Tolerierung oder gar einer Koalition. Das kann nur, allein schon um die Linkspartei nicht in falscher Sicherheit zu wiegen, in gegebener Lage im Hinblick auf das vorliegende Wahlergebnis entschieden werden. In allen drei Fällen aber wäre sichergestellt, dass Stimmen für die SPD am Ende in politische Macht umgesetzt werden können, die die Verwirklichung der Politik der Sozialdemokratie nicht nur verspricht, sondern auch einlösen kann.

Im Vordergrund muss für die SPD als Volkspartei aber immer stehen, jede Chance zu nutzen, um die führende Kraft in einer rot-grünen Regierung zu sein. Das ist notwendig für unser Land und es ist, wie die neuere Entwicklung der Parteien zeigt, auch möglich.

Danksagung

Das vorliegende Papier wurde maßgeblich von Prof. Dr. Thomas Meyer, stellvertretender Vorsitzender der Grundwertekommission, sowie von den Kommissions-Mitgliedern Prof. Dr. Wolfgang Merkel, Wolfgang Jüttner und Christina Schildmann erarbeitet. Ihnen sei für Ihre engagierte Arbeit und für Ihre Mühe, die Kritik und die vielen Anregungen aus den Beratungen der Kommission aufzunehmen und in dieses Papier einfließen zu lassen, herzlich gedankt.

Berlin, den 20. Dezember 2010

Julian Nida-Rümelin
Vorsitzender der Kommission Grundwerte

Vorsitzender:

Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin, München

Stellvertretende Vorsitzende:

Prof. Dr. Thomas Meyer, Bonn

Prof. Dr. Gesine Schwan, Berlin

Mitglieder:

Franziska Drohsel, Berlin

Prof. Dr. Christine Färber, Potsdam

Michael Guggemos, Frankfurt/M./Berlin

Wolfgang Jüttner, MdL, Hannover

Natascha Kohnen, MdL, München

Prof. Dr. Wolfgang Merkel, Berlin

Prof. Dr. Matthias Möhring-Hesse, Vechta

Michael Müller, Düsseldorf/Berlin

Kerstin Rothe, Berlin

Christina Schildmann, Berlin

Prof. Dr. Wolfgang Schroeder, Potsdam

Prof. Dr. Hermann Schwengel, Freiburg

Dr. Eva-Maria Stange, MdL, Dresden

Prof. Dr. Johano Strasser, Berg b. Starnberg

Elisabeth Vogelheim, Wolfsburg

Korrespondierende Mitglieder:

Doris Barnett, MdB, Ludwigshafen

Dr. Hans-Peter Bartels, MdB, Kiel

Gernot Grumbach, MdL, Frankfurt/M.

Hubertus Heil, MdB, Peine

Nicolette Kressl, MdB, Baden-Baden

Dr. Ernst Dieter Rossmann, MdB, Elmshorn

Dr. h. c. Wolfgang Thierse, MdB, Berlin

Wolfgang Tiefensee; MdB, Leipzig

Beratende Mitglieder:

Prof. Dr. Iring Fetscher, Frankfurt/M.

Prof. Dr. Volker Gerhardt, Hamburg/Berlin

Prof. Dr. Ingomar Hauchler, Hamburg

Prof. Dr. Gustav Horn, Düsseldorf/Belzig. B. Potsdam

Dr. Elif Özmen, München

Dr. Karl-Peter Schackmann-Fallis, Potsdam

Prof. Dr. Rosemarie Will, Berlin

Ehrenmitglieder:

Dr. Erhard Eppler, Schwäbisch-Hall

Dr. Hans-Jochen Vogel, München

Sekretär:

Dr. Hans Misselwitz, Berlin